

Leicht gekürzt erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.1.2020

Sprachglosse: „Streitkultur“ - Hart und nobel

Von Wolfgang Krischke

Nach Hörsaal-Tumulten wie in Frankfurt, Wien oder Hamburg wird immer wieder der Ruf nach einer besseren Streitkultur an den Universitäten laut. Zumindest sprachhistorisch gibt es dafür gute Gründe: Immerhin hat die deutsche „Streitkultur“ ihre begriffliche Vorläuferin in der ars disputandi, der scholastischen Kunst des öffentlichen Disputs nach den Regeln von Logik und Rhetorik. Als sich vor vierzig Jahren das Wort „Streitkultur“ im deutschen Diskurs zu etablieren begann, trug es noch die semantischen Spuren dieser akademischen Tradition. In einer „Kultur des Streits“ sah 1979 der Rechtswissenschaftler Wolfgang Naucke einen entscheidenden Bestandteil der Jurisprudenz, und der Germanist und Schriftsteller Peter von Matt beklagte 1982 mit Blick auf die Schweiz, dass es „an der Kultur der öffentlichen Disputation, einer Streitkultur von Rang fehlt.“

Politisch brisant und öffentlichkeitswirksam wurde der Begriff erstmals 1987, als sich SPD und SED zu einer gemeinsamen „Kultur des politischen Streits“ bekannten. Als „Streitkultur-Papier“ provozierte dieses Übereinkommen seinerseits heftigen Streit über die Grenzen zwischen Annäherung und Anbiederung. Während die sozialdemokratisch-einheitssozialistische Streitkultur schon kurz darauf auf das Abstellgleis der Geschichte geriet, wurde das Wort – bis dahin noch gern in Anführungszeichen gesetzt und mit dem Zusatz „neudeutsch“ versehen – zum festen Bestandteil der politischen Sprache im vereinten Deutschland.

Oder doch nur in der alten Bundesrepublik? Karl Heinz Bohrer jedenfalls erklärte 1992 im *Merkur* die „Streitkultur“ zu einem Paradebeispiel „westdeutscher Schaumsprachigkeit“, das er in ein künftiges „Wörterbuch des Gutmenschen“ aufnehmen wollte, womit er gleich noch das Reizwort „Gutmensch“ in die Welt setzte, das die Streitkultur bis heute herausfordert. Für Bohrer ergab die Koppelung von „Streit“ und „Kultur“ ein den Streit entschärfendes „Pfötchenwort“, typisch für eine konsensfixierte Gesellschaft, in der die letzten verbliebenen Bundestagspolemiker als »Urgestein« oder »Schnauze« exotisiert wurden.

Dass Politiker vom Schlage eines Strauß oder Wehner mittlerweile zu Figuren parlamentarischer Folklore geworden waren, mag auch Frank-Walter Steinmeiers Amtsvorgänger Roman Herzog bedauert haben, als er 1995 forderte, „eine demokratische Streitkultur“ zu entwickeln, „wie wir sie in den 50er Jahren bereits einmal hatten“. Das geschah weder in außenpolitischen Fragen, auf die Herzog sein Augenmerk hatte, noch auf den anderen Feldern der Politik. Stattdessen erreichte die Konsenskultur in

der Ära Merkel ihren Höhepunkt. Und ihr Ende, als deren „Alternativlosigkeit“ der „Alternative für Deutschland“ in die Parlamente verhalf. Während die „Streitkultur“ gemeinsam mit dem „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ zu einem Lieblingswort moralpolitischer Erbaulichkeit geworden ist, hat sich eine digital befeuerte Streitunkultur herausgebildet, die von Hetze, Verdächtigungen, Diskreditierungen und Pöbeleien bestimmt ist und an die vorbürgerlichen Schmähritten der frühneuzeitlichen Konfessionskämpfe erinnert. Zu dieser Unkultur gehört, dass sich eine Politikerin wie Renate Künast als „Schlampe“ und „Drecksau“ beleidigen lassen muss, weil ein Gericht das für zulässige Sachkritik hält. Und zu ihr gehört auch, dass ein Regierungspolitiker wie der Parlamentarische Staatssekretär Peter Tauber und ein Talkshow-Schwadronneur wie Sascha Lobo Menschen, die sie für rechtsextrem halten, mal eben das Grundrecht auf Meinungs- und Redefreiheit absprechen. Angesichts der verwilderten Diskurslandschaft empfiehlt sich ein Blick zurück in die frühen achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, als die Karriere der „Streitkultur“ begann. Zu einer Streitkultur von Rang, schrieb damals Peter von Matt, gehöre, dass „sich Härte und Noblesse verbinden und der Respekt vor dem Gegner zur Norm gehört.“ Worte aus einer anderen Zeit.